

Ausgabe Schwechat, Oktober 2011

Wie die „Gemeinnützigen“ bei den Wohnungsnutzern abkassieren

...Seite 2

Aus dem Inhalt:

Sicherung für den Brunnen
am Hauptplatz Schwechat

...Seite 3

Bürgermeister verschweigt
Arbeitslosenzahlen

...Seite 3

Kommentar von LR Barbara
Rosenkranz

...Seite 3

FPÖ deckt Schulstarthilfe-
Flopp auf

...Seite 4

„Reichensteuer“ der SPÖ ist
nur ein guter Gag

...Seite 4

Aktuelles vom Multiversum

...Seite 4



Der Herbst zieht wieder ins Land...

FPÖ Schwechat im Internet:
www.fpoe-schwechat.at

Wie die „Gemeinnützigen“ bei den Wohnungsnutzern abkassieren

Genossenschaften sollten das Ziel verfolgen, ihren Mitgliedern Leistungen zu Kosten zur Verfügung zu stellen, die unter dem üblichen Marktpreis liegen. Die Arten von Genossenschaften können unterschiedlich sein, der Bogen reicht von Versicherungsbis hin zu Wohnbaugenossenschaften. Letztere nehmen in Österreich den bedeutendsten Platz ein. Jeder sechste Österreicher lebt in einer Wohnung, die von einer Wohnbaugesellschaft mit dem Prädikat „gemeinnützig“ errichtet wurde bzw. verwaltet wird.

Viel Fördergeld, aber wenig Kontrolle

Die Gemeinnützigkeit ist im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz geregelt. Gesellschaften gleich welcher Rechtsform, die diesem Gesetz unterliegen, sind von allen Ertragssteuern befreit. Ein Vorteil, den sie an die Bewohner in Form günstiger Nutzungsgebühren weitergeben sollten. Im Sinn der Gemeinnützigkeit sollten sie kostendeckend, aber eben nicht gewinnorientiert arbeiten. Die Einhaltung dieses Grundsatzes wird vom sogenannten „Revisionsverband“ überwacht. In Anbetracht der Höhe der im Bereich des sozialen Wohnbaus eingesetzten Steuermittel wären effiziente Kontrolle und größtmögliche Transparenz zwingend erforderlich. Der Revisionsver-



Die Genossenschaften sollten nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten, fahren aber auf Kosten der Mieter fette Gewinne ein

band ist aufgrund massiver personeller Überschneidungen mit den zu prüfenden Genossenschaften jedoch nicht in der Lage, die genannten Anforderungen zu erfüllen. Man prüft sich selbst. Den Preis dafür müssen die Bewohner zahlen: Mit zwei gesetzlich gedeckten Tricks werden sie über Gebühr zur Kasse gebeten. Zum einen sind das die Annuitäten Zahlungen. Genossenschaften finanzieren die Errichtung neuer Anlagen mithilfe von Eigenmitteln, Geldern der Bewohner, Krediten und der Wohnbauförderung. Die Nutzer einer Genossenschaft haften gemeinsam für die Kredite und tilgen diese auch. Diese Kreditraten werden irreführenderweise „Auslaufannuitäten“ genannt. Genau das, nämlich auslaufen, tun sie jedoch nicht. Selbst

nach Ausfinanzierung ihrer Wohnung müssen die Bewohner weiterhin diese Kreditraten bezahlen. Die Nutzer zahlen dann rund 3 Euro pro Quadratmeter zu viel – bei einer 80-Quadratmeter-Wohnung also stolze 264 Euro inklusive Umsatzsteuer. Der Verkaufspreis liegt weit über den Errichtungskosten. Geschröpft werden die Nutzer auch, wenn sie die Wohnungen ins Eigentum übernehmen wollen. Anstatt zu den Errichtungskosten verkaufen die Genossenschaften ihre Wohnungen zum „Barverkaufspreis“, der zum Zeitpunkt des Verkaufs nach dem Verkehrswert festgelegt wird und damit in der Regel wesentlich höher

ist. Durch diese Praktiken fahren die Gemeinnützigen zum Nachteil der Bewohner regelmäßig fette Gewinne ein, die nach dem Kostendeckungsprinzip nicht vorgesehen wären. Der FPÖ-Abgeordnete Martin Graf hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Genossenschaften, die er als die letzten rot-schwarzen Dinosaurier bezeichnet, wieder zur wirklichen Gemeinnützigkeit zu zwingen. Dazu hat er einige Gesetzanträge im Nationalrat eingebracht. Primäres Ziel ist es, die Praktiken zulasten der Wohnungsnutzer und damit die Anhäufung immenser steuerfreier Rücklagen zu unterbinden.

**BR Johann Ertl ist für Sie erreichbar:
unter 0676/ 307 47 87
bzw. johann.ertl@kabsi.at**

Sicherung für den Brunnen am Hauptplatz Schwechat

Am 5. Juni 2011 kam es in Frastanz (Vorarlberg) zu einem tragischen tödlichen Unfall. Ein Kleinkind wollte offenbar seinen Durst stillen und ist dabei in einen nicht ausreichend gesicherten Brunnen gefallen und ertrunken. Die FPÖ wurde daraufhin von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, ob man den Brunnen am Schwechater Hauptplatz gegen derartige Unfälle absichern könnte. Eine optische Beeinträchtigung des Kunstwerkes wäre durch das Anbringen eines Schutzgitters um den Brunnen sicher nicht zu befürchten. Auch der um viel Geld umgebaute Hauptplatz würde sicher auch danach nicht anders aussehen. Manche BürgerInnen meinen sogar, die Kreisverkehre in der Stadt seien schöner gestaltet als der Hauptplatz. Die Freiheitlichen brachten daher in der Sitzung am 27. Juni 2011 folgenden Dringlichkeitsan-



Mit einer Umzäunung könnte der Brunnen gesichert werden

trag ein: „Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Schwechat wolle beschließen: **Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Schwechat wird beauftragt, unverzüglich dafür zu sorgen, dass der Brunnen am Hauptplatz derart abgesichert wird, dass er für Kleinkinder keine Gefahr mehr darstellt.**“ Die anderen Ge-

meinderatsfraktionen lehnten diesen Antrag der FPÖ in bewährter Einigkeit (wie immer) reflexartig ab. Bundesrat Ertl meinte nach der Sitzung: „Warum die SPÖ diesen Antrag abgelehnt hat, versteht eigentlich niemand. Selbst gewohnheitsmäßige Gegner der FPÖ sollten ihre Vorurteile nicht so offen zeigen.“

Bürgerme Arbeitslos

Arbeitsmarktdaten des AMS
plätze als Einwohner hat! Na!

Die SPÖ-Schwechat bringt es offensichtlich nicht einmal in einer Stadt mit den besten Voraussetzungen zusammen, eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik zu machen. Bei jeder Gelegenheit weist Bürgermeister Fazekas darauf hin, dass es in Schwechat mehr Arbeitsplätze als Einwohner gibt. Verschweigt aber so nebenbei, dass fast

60 Prozent der heimischen Erwerbstätigen **keinen** Arbeitsplatz in Schwechat haben und daher auspendeln müssen. Bei den rund 20.000 Arbeitsplätzen in Schwechat sollte eigentlich eine Vollbeschäftigung möglich sein. Auch viele der Schwechater Auspendler würden sicher lieber einen guten Arbeitsplatz zuhause haben. Hauptsache

die Steuereinnahmen fließen reichlich in die Gemeindekasse. Der Bau der 3. Piste am Flughafen lässt auf weitere Einnahmen hoffen. Durch die hohen Schulden im Gemeindebudget sind diese natürlich höchst willkommen. Die fluglärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger sehen dies aber nicht ohne Grund anders.



Landesrat
Barbara Rosenkranz

Gouvernante

Während sich in der ÖVP gegen den aktuellen Linkschwenk in der Familienpolitik keinerlei Widerstand regt, begehren in der Bundesrepublik einzelne Vertreter gegen einen ebensolchen Kurs der CDU auf. Die bayerische Sozialministerin kritisiert massiv das jüngst vom CDU-Bundesvorstand initiierte Bildungsprogramm (Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres sowie den Ausbau von Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen). Zudem sollen im Rahmen von Erziehungsverträgen elterliche Leistungen staatlich geprüft werden!

In Österreich gibt es aus den Reihen der ÖVP überhaupt keine Kritik mehr an der schleichenden Entmündigung der Eltern. Der neue Kurs Mitterlehners - weg von finanzieller Entlastung der Familien hin zu staatlicher Kleinstkinderbetreuung - wird von der Volkspartei im vollen Umfang mitgetragen. Obwohl zahlreiche Studien zeigen, dass sich die Österreicher keineswegs die Verantwortung über die Kindererziehung aus der Hand nehmen lassen wollen. Diese Familienpolitik führt unweigerlich zu einem „Gouvernantenstaat“. Die schwarz-roten Pläne, nur auf staatliche Sachleistungen zu setzen und den Eltern damit jegliche Wahlfreiheit zu nehmen, führen genau in diese Richtung. Ein Umkehren ist zwingend nötig!

FPÖ deckt Schulstarthilfe-Flopp auf

Eine FPÖ-Anfrage brachte Bgm. Fazekas sichtlich in Verlegenheit. Die von ihm medial groß angekündigte Schulstartbeihilfe ist ein Flopp! 2010 bekamen 3 Schulkinder eine Beihilfe, dafür musste die Gemeinde lächerliche 210 Euro zahlen!

Die Fazekas-SPÖ lässt sich für die Weiterführung einer 70 Euro Schulstartbeihilfe für das Schuljahr 2011/2012 groß bejubeln. Wenn man aber die Einkommensgrenzen für den Anspruch der Beihilfe genauer anschaut, merkt man, dass nicht viele Eltern davon etwas haben werden. Die Einkommensgrenzen sind nämlich auffallend niedrig angesetzt. Das war auch schon die Kritik der FPÖ bei deren Einführung. Sogar die Familienbeihilfe wird zum Einkommen dazugerechnet. Um es genau zu wissen, stellten die Freiheitlichen im Gemeinderat an den Bürgermeister folgende Anfrage: Wie viele Kinder bekamen in den Jahren 2009 und 2010 eine Beihilfe



Starker Rückgang bei der Schulstarthilfe in Schwechat

und wie hoch war die Auszahlung dafür. Obwohl die Anfrage schon 3 Tage vor der Gemeinderatssitzung gestellt wurde, konnte sie in der Gemeinderatssitzung vom Bgm. Fazekas nicht beantwortet werden. Er sagte nur lakonisch: „Die Antwort bekommt ihr schriftlich.“ Scheinbar wollte er sich nicht mit seiner Antwort in einer öffentlichen

Sitzung blamieren. Nun liegt uns aber die Antwort schriftlich vor. Wir glaubten zuerst bei den angeführten Zahlen an einen Tippfehler. Doch leider sie waren echt, unsere ärgsten Befürchtungen wurden übertroffen. Im Jahr 2009 wurde noch für 9 Kinder eine Schwechater Schulstarthilfe in Höhe von 630 Euro ausbezahlt. 2010 waren es überhaupt nur

mehr 210 Euro für 3 Kinder. So schauen also die sozialen Wohltaten der Sozialisten aus. Schein und Sein trennen auch dabei viele Kilometer! Nur zum Vergleich: Nach dem NÖ Grundversorgungsgesetz erhalten Asylanten und Asylwerber eine monatliche Unterstützung. Zusätzlich zu dieser monatlichen Unterstützung erhalten schulpflichtige Kinder von Asylwerbern 200 Euro pro Schuljahr. Unsere Kinder sollten im Grunde genommen ebenso viel erhalten, denn nicht alle haben reiche Eltern. Ein diesbezüglicher Antrag der FPÖ wurde natürlich im Gemeinderat von allen anderen Fraktionen abgelehnt. So schaut's aus.

„Reichensteuer“ der SPÖ ist nur ein guter Gag

Die sogenannte „Reichensteuer“ der SPÖ ist mehr ein Anschlag auf die Geldbörsen aller Bürger

Die SPÖ brachte eine Resolution an die Bundesregierung im Gemeinderat ein. Darin verlangt sie eine faire Mittelaufteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden. Zusätzliches Geld soll vom Bund für die öffentliche Daseinsvorsorge kommen. Weiters sollen Vermögenseinkommen wie Zinsen, usw. nicht geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen.

Im ursprünglichen Antrag war noch die Forderung nach einer Erhöhung der Grundsteuer enthalten. Diese hat man aber aus gutem Grund gestrichen und die

Oppositionsparteien von ÖVP und Grüne darüber informiert.

Der FPÖ-Fraktion hat man natürlich nichts davon gesagt, denn die hat bereits im Vorfeld die Resolution als unsozial abgelehnt.

Die Erhöhung der Zinsertragssteuer auf Sparguthaben zu fordern, kann nicht einmal als schlechter Witz bezeichnet werden.

Besonders in einer Zeit, wo die Inflation wesentlich höher ist als die Sparbuchzinsen! Die Umsetzung dieser Resolution wäre ein Anschlag auf die Geldbörsen der breiten Masse, aber sicher keine Reichensteuer.

Aktuelles vom Multiversum

Das Multiversum ist eine einzige Erfolgsgeschichte wie man immer wieder aus berufenen Mäulern hört. In der Gemeinderatssitzung am 26. September 2011 gab es auch einen Tagesordnungspunkt darüber. Die SPÖ ~~und ÖVP~~ beschlossen eine Haftungsübernahme für ein Darlehen der Multiversum Schwechat BetriebsgmbH in Höhe von 1,249.015,03 Euro. Für 10 Millionen Euro wurde ja bereits vorher von der Stadtgemeinde Schwechat eine Bürgschaft für die Gesellschaft abgegeben. Auch die FPÖ wünscht dem Multiversum eine finanziell gute Zukunft. Ganz besonders im Interesse der Schwechater und Schwechaterinnen.